

Bern

Druck für Steuersenkungen steigt

Neue Berner Steuerstrategie Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat drängt zu tieferen Steuern. Der Abbau von Leistungen und Staatspersonal soll kein Tabu sein. Linke Anliegen blieben chancenlos.

Julian Witschi

Viele Heilmittel enthalten bittere Zutaten. Ein solches Rezept ist für EDU-Grossrat Samuel Kullmann und die bürgerliche Ratsmehrheit auch das richtige für die neue Berner Steuerstrategie: Um von ungesund hohen Steuern wegzukommen, soll der Kanton die eine oder andere bittere Pille schlucken.

Die Rechte drängt den Regierungsrat dazu, für die geplanten Steuersenkungen auch «Gegenfinanzierungen» zu prüfen. Gemeint sind damit ein Abbau von staatlichen Leistungen und von Staatspersonal, weniger Lohnerhöhungen und Investitionen, neue Schulden – wobei Letzterem die Schuldenbremse enge Grenzen setzt.

Bern müsse endlich seinen Ruf als «Steuerhölle» loswerden. Es dürfe «keine Denkverbote» geben, damit das Ziel des Regierungsrats erreicht werden könne, die Steuern in Richtung Mittelfeld der Kantone zu senken, sagte SVP-Grossrat Patrick Freudiger. Dazu sei es angezeigt, ein langsames Aufwandswachstum und Sparpotenzial zu prüfen.

Gegen den Regierungsrat

Die Linke und selbst der bürgerlich dominierte Regierungsrat wehrten sich vergeblich gegen ein neues Sparpaket. Dabei warnte Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Mitte) noch, es dürften sich keine politischen Mehrheiten dafür finden. Schon die Entlastungspakete 2014 und 2018 seien sehr kontrovers diskutiert worden. Ein Sparpaket zur Finanzierung von Steuersenkungen dürfte noch kritischer beurteilt werden. Zudem habe die Stimmbewölkerung erst 2019 eine Senkung der Unternehmenssteuern abgelehnt, hielt die Grünen-Grossrätin Rahel Ruch fest.

Doch der Grosse Rat stimmte deutlich dafür, dass der Regierungsrat für seine neue Steuerstrategie auch Sparmassnahmen abklärt. Und sich nicht nur darauf stützt, dass der Kanton in den nächsten Jahren mit den erwarteten Überschüssen finanziellen



Finanzdirektorin Astrid Bärtschi (Mitte) erhält vom Grossen Rat Unterstützung für Steuersenkungen. Dazu soll sie aber auch Sparmassnahmen prüfen. Foto: Raphael Moser

Spielraum für Steuersenkungen hat.

Der Kanton müsse davon wegkommen, vom Finanzausgleich abhängig zu sein und auf einen Geldsegen der Nationalbank zu hoffen, sagte FDP-Grossrat Stephan Lack. Auf mittlere Sicht brächten Steuersenkungen Neuzuzüge und damit zusätzliches Steuersubstrat. Das habe sich in Luzern bewährt, doppelte Mitte-Grossrätin Christine Bühler nach. Ziel müsse sein, den Abfluss von Steuergeldern von Pendelnden in günstigere Nachbarkantone zu stoppen.

Linke auf verlorenem Posten

Linke Anliegen blieben chancenlos – sei es ein Verzicht auf eine Senkung der Unternehmenssteuern bis 2030, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, progressive Umweltsteuern oder eine Ausweitung der Erbschaftssteuern.

Von tieferen Steuern profitieren vor allem die Gutverdienenden

und Reichen, die Zeche zahlen die übrige Bevölkerung, sagte SP-Grossrätin Maurane Riesen. Die Entlastungspakete des vergangenen Jahrzehnts wirkten sich bis heute schädlich aus, insbesondere im Bildungs- und im Pflegebereich. Die «Steuersenkungs-Spar-Spirale» sei nicht nachhaltig.

Zwist bei Erbschaftssteuern

Riesen schlug vor, die Erbschaftssteuern auch wieder für direkte Nachkommen einzuführen, um eine bessere Verteilung des Reichtums zu erreichen. Dagegen stellten sich aber auch die Grünliberalen. Deren Grossrat Tobias Vögeli hatte kurzfristig noch einen Vorstoss zu Erbschaftssteuern angekündigt, der aber nicht mehr in die Grundsatzdebatte über die Steuerstrategie vom Mittwoch einfloss.

Die GLP möchte Freibeträge bis 10 Millionen Franken und Ausnahmeregelungen für Fami-

lienunternehmen gewähren. Mit den zusätzlichen Einnahmen aus der Erbschaftsteuer sollen die Einkommenssteuern gesenkt werden. Riesens Vorstoss dagegen brächte eine zusätzliche Steuer und somit eine insgesamt höhere Steuerbelastung, erklärte Vögeli sein Nein.

Mehrere Grossratsmitglieder warnten zudem, bei einer neuen Erbschaftsteuer würden viele Betroffene einfach in andere Kantone umziehen. Diese Frage müsse national geregelt werden, und mit der entsprechenden Jusso-Initiative stehe auch ein Volksentscheid dazu an.

Einen Dämpfer gibt es auch für die geplante Entlastung bei den Steuern auf tiefen Einkommen. Die hier geplante Glättung der steilen Steuerprogression solle nicht vorgezogen werden vor die allgemeine Senkung der Steueranlage. Auch diese Planungsanweisung hat die bürgerliche Ratsmehrheit der Kantonsregierung aufgelegt.

Die Steuerstrategie insgesamt nahm der Grosse Rat mit 100 zu 44 Stimmen bei 7 Enthaltungen zur Kenntnis. Er signalisierte damit der Regierung, dass er ihre Steuerpolitik unterstützt. Konkrete Beschlüsse wird er erst im Rahmen kommender Steuergesetzrevisionen und Budgetdebatten fällen.

Der Regierungsrat möchte die Steueranlage für natürliche Personen bis 2030 von heute 3,025 auf mindestens 2,90 senken. Dies entspräche einer Steuerentlastung von rund 200 Millionen Franken. Mit der Steuergesetzrevision 2027 soll die verhältnismässig starke Progression bei tiefen Einkommen geglättet werden, was Betroffene um bis zu 200 Millionen Franken entlasten würde.

Bei den Unternehmen solle die Anlage bis 2027 von 2,82 auf 2,38 gesenkt werden. Dies würde für den Kanton rund 100 Millionen Franken Mindereinnahmen bedeuten.

Kanton überprüft Frühfranzösisch

Schulen in Bern Der Grüne Grossrat Alain Pichard wird gern als «bekanntester Lehrer der Schweiz» bezeichnet. Aus seinen Zweifeln am frühen Französischunterricht im Kanton Bern ab der dritten Klasse hat er noch nie einen Hehl gemacht. Nun kann er zusammen mit Hans-Peter Kohler (FDP) und Samuel Krähenbühl (SVP) einen Erfolg verbuchen: Am Dienstagabend hat der Grosse Rat deren Motion mit grosser Mehrheit (109 Ja- bei 18 Nein-Stimmen) angenommen. Die Bildungsdirektion muss jetzt «die Sinnhaftigkeit des Frühfremdsprachenerwerbs» überprüfen. Sie soll auch aufzeigen, wie es wäre, wenn Kinder erst ab der fünften Klasse Französisch lernten.

Kritik am frühen Französischunterricht gibt es seit dessen Einführung 2011. Auch mehrere Studien zeichnen ein wenig schmeichelhaftes Bild: So erreichen gemäss dem Institut für Mehrsprachendidaktik der Uni Freiburg nur rund 11 Prozent der Schüler und Schülerinnen die Grundkompetenzen.

Die Bildungsdirektion hält dagegen: «Die Forschung weist nach, dass die Sinnhaftigkeit des Frühfremdsprachenerwerbs gegeben ist.» Und sie widerspricht der Ansicht, dass Kinder aus fremdsprachigen Haushalten eher Schwierigkeiten haben. «In gewissen Bereichen weisen Kinder mit Migrationshintergrund gar bessere Resultate auf.»

«Mille feuilles» fiel durch

Bildungsdirektorin Christine Häslar (Grüne) sagte in der Debatte, die verbreitete Kritik richte sich nicht gegen das Frühfranzösisch, «sondern gegen die Lehrmittel «Mille feuilles» und «Clin d'oeil». Dieses Problem habe man entschärft.

Sie meint damit zwei Anpassungen: Einerseits hat der Schulverlag plus AG das Lehrmittel grundlegend überarbeitet. Andererseits dürfen Lehrpersonen inzwischen ihr bevorzugtes Lehrmittel wählen.

Die Argumentation der Regierung verfiel jedoch nicht. Die Ratsmitglieder nahmen nicht nur die Motion an, sondern lehnten gleichzeitig deren Abschreibung ab – mit 73 zu 61 Stimmen. Damit muss der Kanton definitiv über die Französischbücher.

Mirjam Comtesse

In eigener Sache

Rochade in der Berner Tamedia-Redaktion

Liebe Leserin, lieber Leser

Es freut mich, Ihnen heute zwei Wechsel an der Spitze der Redaktion von BZ Berner Zeitung und «Der Bund» bekannt zu geben. Die Rochade führt zu Neubesetzungen, sie steht aber ganz im Zeichen der Kontinuität. Hintergrund ist, dass der Chefredaktor der BZ und der Berner Redaktion BZ/«Der Bund», Simon Bärtschi, zum Leiter Publizistik von Tamedia und in die Geschäftsleitung des Unternehmens berufen wurde. Mit seinem Leistungsausweis während der letzten fünf Jahre in Bern und seinem soliden journalistischen Werdegang ist er dafür perfekt qualifiziert. Simon Bärtschi hat die BZ als führende Regionalzeitung weiterentwickelt und grund-

gend modernisiert sowie die Redaktionen von BZ, «Der Bund», Thuner Tagblatt und Berner Oberländer zusammengeführt. Davor war er stellvertretender Chefredaktor der «Sonntagszeitung» und Mitglied der Chefredaktion von «Tages-Anzeiger» und «Sonntagszeitung».

Mit Wolf Röcken übernimmt eine bewährte Führungskraft



Simon Bärtschi.



Isabelle Jacobi.

und ein exzellenter Kenner des Kantons die Nachfolge als Chefredaktor der Berner Zeitung und der Berner Redaktion von Tamedia. Gleichzeitig setzen wir auf Kontinuität. Wolf Röcken ist derzeit Mitglied der Chefredaktion von BZ / «Der Bund», Chef der Tagesleitung und des Newsmanagements. Er hat in den letzten zwanzig Jahren verschiedene zentrale Funktionen bei der BZ bekle-



Wolf Röcken.



Marcello Odermatt.

det, er war Nachrichtenchef, Leiter des Stadtteams Bern und Leiter des Mantelverbands BZ und Zürcher Regionalzeitungen. Wolf Röcken hat sein Studium der Geschichte an der Universität Freiburg abgeschlossen und diverse Führungslehrgänge absolviert. Er ist an der Spitze der Redaktion bestens gerüstet für diese anspruchsvolle Führungsaufgabe.

Beim «Bund» wird Marcello Odermatt per 1. April Chefredaktor. Er folgt auf Isabelle Jacobi, die Tamedia leider verlässt, um eine neue Herausforderung anzunehmen. Marcello Odermatt hat an der Universität Bern Geschichte studiert. Der versierte Journalist hat sich mit fundierten Recherchen einen Namen

gemacht. Seine journalistische Karriere begann er beim «Bund» im Ressort Stadt Bern. Später war er als Bundeshausredaktor für die Zürcher Landzeitungen sowie den «Bund», das «St. Galler Tagblatt» und die «Luzerner Zeitung» tätig. Seit seiner Rückkehr zum «Bund» hat er sich dem Lokal- und Regionaljournalismus gewidmet und zunehmend Führungsverantwortung übernommen. Derzeit ist er Co-Leiter des grossen Ressorts Bern der Berner Redaktion BZ/«Der Bund». Mit Marcello Odermatt wird eine Schlüsselperson der Berner Redaktion und eine profilierte Persönlichkeit neuer Chefredaktor des «Bund».

Isabelle Jacobi möchte ich im Namen des Verwaltungsrats

und der Geschäftsleitung von Tamedia für ihr Engagement als «Bund»-Chefredaktorin danken. Sie hat die Zeitung mit journalistischem Gespür, Neugierde, Innovationsgeist und Qualitätsbewusstsein geführt und mit Charakter vertreten. Dabei war ihre Mischung von Berner Verwurzelung und transatlantischer Perspektive eine Bereicherung. Letztere ist auch der Grund, warum wir sie ungern, aber dankbar ziehen lassen.



Pietro Supino
Verleger dieser Zeitung
und Präsident der
TXGroup